



AŞİTÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr.8 • Juni/ Juli 2002

Editorial

Der 3. Mai 2002 markiert ein weiteres dunkles Kapitel in der Geschichte der Kurden. An diesem Tag wurde die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf die EU-Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Diese Entscheidung stößt nicht nur bei den Kurden auf Unverständnis. Auch viele europäische Intellektuelle, Vertreter von NGO's und Politiker können am Friedenskurs der Kurden nichts Terroristisches erkennen. Das drückt sich auch in der breiten Unterstützung eines Appells aus, den die Internationale Initiative als Schirmorganisation mit unterstützt, und um dessen Unterstützung wir Sie an dieser Stelle bitten möchten. Die Befürchtungen haben sich bestätigt, dass die Türkei ihren eigenen Schluss aus der Entscheidung der EU zieht. Verstärkte Militäroperationen türkischer Sicherheitskräfte und erste heftige Gefechte lassen die Gefahr eines Wiederauflommens des Krieges real werden. Dies stimmt äußerst bedenklich. Ein solches Szenario ließe sich nicht mehr kontrollieren und würde die Region noch weiter destabilisieren. Somit ist die Entscheidung der EU ein Akt politischer Unvernunft.

Das in dieser Ausgabe dokumentierte Interview mit Uta Zapf zeigt, dass sehr wohl realistischere Einschätzungen über die Situation möglich sind, wenn wir diese auch nicht im selben Maße teilen. Wir sind jedoch der Meinung, dass alle politischen Initiativen für eine friedliche Beilegung von Konflikten unterstützt werden müssen. Insbesondere in Deutschland wäre eine größere Aufmerksamkeit der hiesigen Politik gegenüber der kurdischen Problematik wünschenswert. Nach wie vor behindert jedoch das Verbot der PKK eine öffentliche Auseinandersetzung. Die Aussage von Herrn Vollmer, dessen Artikel wir in dieser Ausgabe wiedergeben, dass Meinungs- und Organisationsfreiheit sowie Grundrechte Kriterien seien, an denen sich auch die Kurden messen lassen müssen, teilen wir im vollen Umfang. Wir denken jedoch, dass dies auch für die deutsche Politik gelten muss. Das PKK-Verbot jedoch hat nichts zur Konfliktlösung beigetragen. Auch hier ist der Weg noch lang.

Erfreulich ist, dass die kurdische Seite trotz oben genannter Negativentwicklung unbeirrt an ihrem Kurs festhält. So löste sich die PKK vor wenigen Wochen offiziell als Organisation auf. An ihrer Stelle wurde der Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) ins Leben gerufen, als eine Plattform, die es allen Organisationen und auch Personen ermöglicht, an einem demokratischen Kampf für die Rechte der Kurden als Volk teilzunehmen. Hierzu nimmt in dieser Ausgabe Duran Kalkan Stellung, der Mitglied des Präsidialrates des KADEK ist. Unser besonderer Dank gilt deshalb dem Comité du Kurdistan in Brüssel, durch dessen Vermittlung dieses Interview erst möglich wurde.

Köln, im Mai 2002, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator -Cl-, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2**

Zum Transformationsprozess der PKK und den europäischen Ambitionen der Türkei

Interview mit Uta Zapf (MdB SPD)

Seite 5

Türkeipolitik und Kurdenfrage unter Rot-Grün

von Dr. Ludger Volmer

Seite 6

Von der PKK zum KADEK

Auflösung der PKK, Gründung des KADEK, Aktualisierung der EU - Terrorliste...

Fragen an Duran Kalkan, Mitglied des KADEK - Präsidiums

Seite 10

VETO!

Appell an die politische Vernunft

Zur Aufnahme der PKK in die Terrorliste der Europäischen Union

Impressum:

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Bufe, Klaus Becher, K. Happel, Stefan Leibold

V.i. S.d.P.: Klaus D. Bufe

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind willkommen.

Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Zum Transformationsprozess der PKK und den europäischen Ambitionen der Türkei

Uta Zapf (SPD) im Interview mit Cemal Ucar

Seit drei Jahren hält sich die PKK an einen einseitigen Waffenstillstand in der Türkei. Sie hat erklärt, sie wolle ihren Kampf für die Rechte der Kurden nur noch mit demokratischen und friedlichen Mitteln weiterführen. Wird dies dazu führen, dass das PKK-Verbot in Deutschland bald aufgehoben wird?

Ich glaube, die Frage, ob die PKK als terroristische Organisation weiter verboten bleibt, wird jetzt nach dem 11. September so schnell überhaupt nicht angegangen werden. Ich spreche ja auch mit dem Verfassungsschutz über diese Frage und die Auffassung des Verfassungsschutzes ist ganz deutlich, dass die PKK hier in der Bundesrepublik genau das gemacht hat, was sie zugesagt hat, nämlich ihre kriminelle Energie aufgegeben hat - vielleicht nicht vollständig - aber dass sie im Grunde nur noch unter strafrechtlichen Gesichtspunkten gelegentlich auffällt, aber kein Unruhepotential in dem Sinne darstellt, wie Sie es ja in den neunziger Jahren hatten.

Insofern glaube ich, dass eigentlich die Bundesrepublik eine Politik betreibt, dieser Organisation und damit den Organisationen der Kurden, die man ja nicht immer vollständig trennen kann von den Aktivitäten der PKK, genügend Freiheit zu geben, in der Bundesrepublik sich zu engagieren, solange eben dieser Aspekt berücksichtigt wird, dort keine Unruhe zu machen und dass man auf der anderen Seite an die Frage des Verbotes schlicht und ergreifend aus Rücksicht gegenüber der Türkei nicht herangeht. Also man



Uta Zapf (SPD)

macht so eine Art von Doppelstrategie. Ich teile nicht die Auffassung, dass sich die Politik nicht ausreichend gekümmert hat um die Kurden. Außerhalb der Politik haben die Kurden in Kirchengemeinden, in anderen Organisationen starke Unterstützung gefunden, in ihrem berechtigten Begehren nach Selbstverwirklichung in dem Sinne, dass sie ihre Sprache, ihre Kultur bewahren können, und das selbe hat der Deutsche Bundestag getan. Wir haben mehrere Anträge in den neunziger Jahren formuliert, worin wir immer zweierlei ganz deutlich gemacht haben: Gewaltanwendung und Terrorismus lehnt der Bundestag ab; wir unterstützen das Recht der Kurden auf ihre Sprache, ihre Kultur, wir haben sogar so weitgehende Vorschläge gemacht wie Dezentralisierung, Autonomie in dem Sinne, wie wir das verstehen, also nicht in dem

Sinne, wie die Türkei das versteht, also als Separatismus, sondern als Selbstverwaltung, wir haben den Kurden Unterstützung gegeben in den Fragen der Menschen- und Bürgerrechte und wir haben auch die Türkei in menschenrechtlicher Hinsicht durchaus kritisiert, also wir haben das nicht irgendwie unter den Teppich gekehrt.

Der Bundestag hat sich mehrfach geäußert dazu.

Zweitens gibt es in ganz vielen, na ja ganz viel ist vielleicht übertrieben, aber in einigen Bundesländern, ich glaube Nordrhein-Westfalen ist da der Vorreiter gewesen, das Recht der Kurden auf muttersprachlichen Unterricht. Also das ist ja auch ein Respekt vor der kurdischen Identität im Unterschied zu anderen Volksgruppen. Was den Kurden als ganzes immer geschadet hat, war, wenn es Besetzungen gegeben hat, also damals nach der Verhaftung von Öcalan, wenn es brennende Autobahnen gegeben hat, das war ja noch etwas vorher, diese Gewaltaktionen sind in der deutschen Bevölkerung immer sehr stark negativ beurteilt worden, ich glaube, dass sich das Verhältnis, seitdem solche Vorkommnisse nicht mehr da sind, entspannt hat.

Allerdings ist auch das Interesse insgesamt zurückgegangen und zwar aus einem Grund: weil wir sehr stark in der Politik auf den Integrationsprozess in die EU setzen und die damit verbundenen Gesetzesänderungen, die sicher nicht ausreichend sind bisher, aber die wir als Prozess betrachten, in dessen Verlauf die Rechte für die kurdische Bevölkerung stärker respektiert werden.

Günter Verheugen, der EU-Kommissar für die Osterweiterung, setzt sich ja sehr für die Aufnahme der Türkei und die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien ein. Könnte die Bundesregierung hier nicht mehr Unterstützung geben?

Also der EU-Beitritt der Türkei ist natürlich innerhalb der Europäischen Union keine ganz einfache Geschichte. Ich glaube, dass es insbesondere bei konservativen Parteien, das ist auf europäischer Ebene die Europäische Volkspartei, immer noch starke Zurückhaltung für den Beitrittsprozess der Türkei gibt.

Und dass das Ergebnis in Helsinki zustande kam, war einigen europäischen Ländern inklusive Deutschland zu verdanken.

Es gibt aber auch in der Bundesrepublik auch zwischen den verschiedenen Parteien noch sehr unterschiedliche Positionen gegenüber der Türkei, die natürlich auch damit zusammenhängen, dass es noch sehr vieler Reformschritte bedarf, ehe überhaupt die Kopenhagener Kriterien alle erreicht sind, also die Frage der Menschenrechte, die Frage der Bürgerrechte, die Frage der Medien- und Meinungsfreiheit, also diese ganzen Vor-Beitrittsfragen sind ja immer noch nicht gelöst und mit ihrem *Nationalen Programm* hat die Türkei die Verpflichtung übernommen, diese Fragen zu klären und da ist sie jetzt dabei.

Ich denke, es wird ein langer Prozess sein insgesamt, weil er in der Türkei ja auch nicht unumstritten ist.

Die konservativen Parteien in der Türkei, die nationalistischen, die keine Konzessionen machen möchten für den EU-Beitritt, also die Frage des Nationalen Sicherheitsrates anders sehen als die Europäische Union, die die Frage der Rechte der Kurden anders sehen, allerdings gibt es ja mittlerweile eine ziemlich offene und auch kontroverse Diskussion in der Türkei.

Das bewerte ich positiv und ich denke, wir müssen auf der einen Seite Geduld haben und auf der anderen Seite aber auch ausreichend wirksam die Türkei unterstützen, aber auch drängen, die Kriterien zu erfüllen.

Druck ausüben, drängen, wie kann man da vorgehen? In der Türkei findet derzeit eine sehr intensive Debatte statt. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass sich die Türkei auch unter massivem Druck nicht bewegt. Wie geht die Bundesregierung dieses Problem an? Wie kann man zu einem fruchtbaren Dialog zwischen der Türkei und der EU kommen?

Es gibt auf der Ebene der Europäischen Union für den Beitrittsprozess diesen gemeinsamen Ausschuss Türkei - EU. Der arbeitet ja nach wie vor, der arbeitet ja schon lange; das ist die eine Ebene. Auf der bilateralen Ebene gibt es immer wieder Regierungsgespräche. Ich finde, was verstärkt werden müsste und zwar wesentlich verstärkt, wäre der Austausch zwischen den Parlamenten. Wir haben diese deutsch-türkische Parlamentariergruppe, aber die hat in den letzten vier Jahren nichts geleistet.

Einige politische Beobachter stellen fest, dass es in der Türkei Gruppen gibt, die den Beitritt zu blockieren versuchen, ebenso wie es auch in der EU solche Kräfte gibt. Wie sieht die SPD dies?

Ich sehe das genauso. Es gibt in der Europäischen Union große Ängste, erstens weil die Türkei groß ist und zweitens, weil die Türkei so europäisch nicht ist, wie man sich das gerne wünschen würde von diesen Ländern aus oder von diesen Menschen aus, also das sind, so glaube ich, in gewissem Umfang kulturelle Ängste, aber es hat auch damit zu tun, dass eben die Türkei in einem solchen Übergangsstadium ist, es gibt große Teile der politischen Eliten, große Teile der wirtschaftlichen Eliten, große Teile der anderen gesellschaftlichen Eliten, die westlich orientiert sind aus der Geschichte der Türkei heraus, es gibt aber auch inner-

halb der Türkei erheblichen Widerstand und das betrifft dann für die Europäische Union ganz wichtige Bereiche wie Meinungsfreiheit, wie Menschenrechte, wie die Frage des Umgangs mit dem politischen Gegner, also ein relativ breites Spektrum an Kritik, das da immer wieder erhoben wird, übrigens auch in der Türkei durchaus formuliert wird in Menschenrechtsvereinen und ähnlichem. Und diese ganzen Probleme, die sind noch ein großes Hindernis, um zu sagen, wir freuen uns alle darauf, dass die Türkei nach Europa will und kommen wird. Diese Probleme müssen wir politisch bearbeiten, müssen wir aber auch innerhalb unserer Gesellschaft bearbeiten. [...] Ein weiterer Beitrag wäre es, wenn es uns in unseren Gesellschaften gelänge, die Integration nicht nur von Türken, sondern überhaupt von Migranten besser voranzutreiben, dann glaube ich, würden auch die gegenseitigen Ängste ein Stück weit abnehmen können. Ich sehe das als einen gemeinsamen Prozess, Integration in die EU, aber auch Notwendigkeit der Integration in den einzelnen EU-Ländern, dort wo Migranten leben.

Ich möchte noch einmal zurück zur bilateralen Ebene in Deutschland. Seit zwei oder drei Jahren gibt es ja nun praktisch kein Gewalttaten der Kurden mehr hier. Trotzdem sind die Berührungspunkte zwischen staatlichen Stellen und den kurdischen Verbänden geblieben. Man unterscheidet nach wie vor gute Kurden und böse Kurden. Wird man irgendwann bereit sein, mit allen Gruppen zu sprechen? Mit den 70 kurdischen Vereinen etwa, die es in Deutschland gibt?

Ich hoffe, dass dies irgendwann geschieht, es wird aber doch wesentlich darauf ankommen, wie sich zukünftig die Politik der kurdischen Vereine, die als

eher PKK-orientiert gelten, wie die sich glaubwürdig orientiert. Und ich glaube, weil es mir auch selber ein Stück weit so geht, man hat bisher noch nicht so viel Vertrauen, dass die Absage an Gewalt wirklich eine tiefe Überzeugung ist und die zukünftige Politik bestimmen wird. Man wird dies einfach noch eine Weile beobachten müssen. Ich lese z.B. auch die Verlautbarungen der unterschiedlichen Gruppierungen und die sind z. T. sehr zwiespältig. Die lauten meist, kurz zusammengefasst, etwa so: Also, wir benehmen uns jetzt politisch anständig, weil das im Moment angesagt ist, hoffen auf einen politischen Prozess, wir sind bereit für diesen politischen Prozess. Aber an irgendeiner Ecke kommt dann hinterher, wenn das nicht klappt, dann halten wir uns das Hintertürchen offen. Das ist nicht so unbedingt vertrauensfördernd. Und der zweite Punkt ist, das habe ich vorhin schon einmal erwähnt, solange diese Organisation (die PKK) bei uns verboten ist, ist es natürlich sehr schwierig, auf Regierungsebene ein Gespräch zu führen. Ich weiß z.B., dass bestimmte Leute, die auch mit Regierung zu tun haben, schon immer wieder Gespräche führen. Aber es ist inoffiziell und keine wie auch immer geartete Einbindung dieser Gruppen in einen Dialog. Ich denke, es ist auch noch zu früh dafür; ich bin sehr gespannt auf die zukünftige Entwicklung, einmal wie glaubwürdig eine Demokratisierung dargestellt wird, zweitens, es gibt einen gewichtigen Punkt, der glaube ich für die internationale Staatengemeinschaft wichtig ist, inwieweit die kurdischen Organisationen sagen, wir wollen keine wie auch immer geartete gewaltsame Veränderung der Grenzen, sondern wir wollen in unserem jeweiligen Staat unsere Bürgerrechte und kulturellen Rechte und unsere Volksgruppenrechte einklagen und leben können, so wie wir es als Kurden möch-

ten. Es wird die Frage sein, wie sich dies zukünftig entwickelt und dieser Prozess hat ja gerade erst angefangen.

Kommen wir noch einmal zum PKK-Verbot. Wird das irgendwann in den nächsten Jahren aufgehoben werden?

Ich halte das eher für wahrscheinlich, weil der Verfassungsschutz und der BND sagen, mit denen ich ja auch rede, es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die hier als terroristische Gruppe agieren, und dass auch andere Auffälligkeiten, wie kriminelle Vereinigungen u.ä. wesentlich niedriger einzustufen sind. Deshalb gehe ich eigentlich davon aus, je nachdem, wie die interne Entwicklung bei der PKK vor sich geht, dass früher oder später dieses Verbot aufgehoben wird, denn wir haben ja auch gesetzliche Kriterien, wann jemand zu verbieten ist. [...]

Also, ich glaube, dass das auch die Erkenntnis ist, dass diese Gruppierung in einem Umbruchprozess ist, der dazu führen kann, dass sie tatsächlich gewaltfrei politisch agieren in der Zukunft und dann gäbe es ja nun wirklich keinen Grund mehr, irgend jemanden zu verbieten. Wenn also dieser Wandel gelingt zu einer politischen Gruppierung, die gewaltfrei ihre politischen Zwecke verfolgt, gäbe es überhaupt keinen Grund mehr, diese Formation zu verbieten, und ich denke, über kurz oder lang, wenn die Entwicklung stabil so bleibt, wie das ja auch von der PKK angekündigt war, dann wird es irgendwann eine Aufhebung dieses Verbotes geben.

Uta Zapf gehört dem Deutschen Bundestag an und ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

(Das Interview führte Cemal Ucar Ende April diesen Jahres, also noch vor der Selbstauflösung der PKK.)

Türkeipolitik und Kurdenfrage unter Rot-Grün

Von Dr. Ludger Volmer

Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte im Herbst 1998 stehen die Türkei politik und Kurdenfrage immer wieder im Rampenlicht der bundesdeutschen wie europäischen Öffentlichkeit.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode, als die Bundesregierung die EU Ratspräsidentschaft übernommen hatte, warb sie unter den europäischen Partnern dafür, der Türkei endlich den Status als EU-Beitrittskandidat einzuräumen. Die rot-grüne Bundesregierung stellte sich hierbei auch deutlich gegen kulturell oder religiös begründete Vorbehalte, welche von konservativen Strömungen in der EU und Bundesrepublik hiergegen angeführt wurden.

In Helsinki war es Ende 1999 dann endlich soweit: Die Türkei erhielt den Status als Beitrittskandidat. Dieser Schritt wurde dann durch die im März vergangenen Jahres geschlossene Beitrittspartnerschaft besiegelt.

Immer wieder wird insbesondere von kurdischer Seite kritisiert, die EU habe einseitig Vorleistungen erbracht, ohne dass von türkischer Seite im Gegenzug Verbesserungen im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte durchgesetzt wurden. Ebenso wurden die geforderten Reformmaßnahmen im Rahmen der Beitrittspartnerschaft, insbesondere was die Kurdenfrage anlangt, als nicht weitreichend genug moniert.

Dass die EU-Beitrittspartnerschaft kein Garant für eine Verbesserung der Menschenrechts- und Minderheitenpolitik in der Türkei sein kann war allen klar. Ebenso deutlich ist, dass die Türkei einen lan-

gen Weg vor sich hat, bevor sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt haben wird. Denn dies setzt die Überwindung der zentralistischen Staatstradition, die Akzeptanz einer real existierenden multiethnischen Gesellschaft sowie die Auseinandersetzung zwischen Laizismus und Islamismus voraus.

Allerdings hat die EU mit der Beitrittspartnerschaft und den regelmäßigen Fortschrittsberichten der Kommission ein Instrumentarium, auf die schrittweise Durchsetzung der Kopenhagener Kriterien zu dringen. Die Tatsache, dass das Todesurteil gegen Abdullah Öcalan, den Vorsitzenden der PKK, im Herbst 1999 nicht dem türkischen Parlament zur Unterzeichnung vorgelegt wurde und die türkische Regierung das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes abwarten wird, wäre ohne die Aussicht auf den Kandidatenstatus schwerer durchsetzbar gewesen.

Natürlich gehen die jüngsten Verfassungs- und Gesetzesreformen der Türkei nicht weit genug. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit allgemein und der kulturellen Rechte der kurdischen Bevölkerung im besonderen - um nur zwei wesentliche Aspekte zu nennen - werden von der Bundesregierung und der EU - zuletzt in ihrem Fortschrittsbericht vom November 2001 - sehr deutlich kritisiert. Aber sie sind ein Schritt in eine richtige Richtung.

Von kurdischer Seite wird der Bundesregierung und EU immer wieder vorgehalten, sie nehme die Veränderungen auf der kurdischen Seite nicht wahr. Gemeint sind damit insbesondere die Entwicklun-



Ludger Volmer

gen der PKK. Die Haltung der Bundesregierung in der Kurdenfrage, auch in Bezug auf die PKK, ist jedoch eindeutig: Die Bundesregierung tritt gegenüber der türkischen Regierung, auch im Rahmen der EU, für die Garantie aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Individuen, ohne jede Art von Diskriminierung und unabhängig von deren Sprache, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, politischer Meinung, Weltanschauung und Religion ein. Die Bundesregierung begrüßt, dass die PKK ihren bewaffneten Kampf eingestellt hat und nimmt die Entwicklungen der Organisation sehr wohl zur Kenntnis. Nur, Meinungs- und Organisationsfreiheit sowie die Grundrechte sind auch Kriterien, an denen sich die Organisationen messen lassen müssen, welche kurdische Belange vertreten. Auch hier ist der Weg noch lang.

Ludger Volmer ist Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied der Grünen.

Von der PKK zur KADEK

Auflösung der PKK, Gründung des KADEK, Aktualisierung der EU -Terrorliste...

Fragen an Duran Kalkan, Mitglied des KADEK-Präsidiums

Die PKK hat sich aufgelöst; an ihrer Stelle hat sich der KADEK gegründet, der sich nicht als Partei versteht, sondern als Kongress, der auch andere Organisationen und Personen aufnimmt. Wer käme hier in Frage und mit welchem Ziel geschieht dies? Werden diese Organisationen im Rahmen des KADEK selbständig arbeiten können?

Mit unserem 8. Kongress haben wir die PKK aufgelöst. Infolgedessen wurde eine neue Organisation gegründet, die unter dem Namen KADEK (Freiheits- und Demokratie Kongress Kurdistans) ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Dies bedeutet auch, dass das Programm der PKK, ihre Strategie und Taktiken, ihre Methoden des Kampfes und die Art ihres organisatorischen Aufbaus keine Gültigkeit mehr haben. Somit wurde eine neue Etappe in den Aktivitäten der kurdischen demokratischen Nationalbewegung eingeleitet.

Der neu gegründete KADEK unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der PKK: Sein Programm und seine Strategie, seine Methoden und sein neuer Organisationsaufbau weisen große Unterschiede auf. Der KADEK ist eine Vereinigung verschiedener Parteien und Organisationen. Zur Zeit besteht er aus achtzehn Parteien und anderen Organisationen.

Das Ziel dieser Organisationen ist, in den verschiedenen Landesteilen die politische Organisation und den politischen Kampf voran zu bringen. Damit wird die

Errichtung einer neuen politischen Macht bzw. eine Machtbeteiligung angestrebt. Dies schließt aber auch Aktivitäten ein, die sich nicht an der Erlangung von politischer Macht orientieren, sondern an der gesellschaftlichen Entwicklung, wie z.B. in Kunst und Literatur. Zweifellos ist die Grundvoraussetzung für eine Aufnahme in den KADEK der Einklang mit dem Programm und dem Manifest des KADEK, also die Anerkennung seiner Linie der "demokratischen Zivilisation". Alle Organisationen, die diese Kriterien erfüllen, können dem KADEK beitreten, wozu wir bereits in der Abschlusserklärung unseres Kongresses aufgerufen haben.

Die Arbeitsbedingungen von Organisationen, die Mitglied des KADEK sind, sind in seiner Satzung festgelegt. Alle Parteien und Organisationen innerhalb des KADEK haben das Recht zu unabhängiger Organisation, Durchführung der Arbeit und Führung des Kampfes. Jede Organisation ist für die Durchführung der Arbeiten innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbst verantwortlich. Klar ist, dass dies im Einklang mit dem KADEK geschieht. In dieser Hinsicht kann jede Organisation ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines eigenen Programms und Statuts entwickeln.

Die Lösung politischer Probleme und das Streben nach politischer Macht bleibt den Organisationen in den verschiedenen Landesteilen vorbehalten. Gleiches sieht der KADEK nicht vor. Die Arbeit des



Duran Kalkan

KADEK ist nicht allein auf Politik beschränkt. So umfasst das Programm des KADEK auch Aktivitäten im theoretischen, kulturellen, sozialen, ökonomischen und im Bildungsbereich. Deshalb ist der KADEK als eine Formation anzusehen, die nicht selbst den politischen Machtkampf führt, sondern die ihm angehörenden Organisationen in ihren diesbezüglichen Bestrebungen unterstützt. So sammeln sich im KADEK sowohl Organisationen, die in den verschiedenen Teilen Kurdistans die politische Macht anstreben, als auch Organisationen, die im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich bzw. im Bildungsbereich ihren Aufgabenschwerpunkt sehen. All diese Organisationen setzen sich im Rahmen des demokratischen Kampfes für eine demokratische

Entwicklung der Gesellschaft ein. Desweiteren wird der Organisierung von Frauen und Jugendlichen, sowie deren führenden Rolle eine große Bedeutung beigemessen. Derzeit sind Frauen und Jugendliche mit eigenen Verbänden im Organisationsaufbau des KADEK vertreten. Es ist davon auszugehen, dass diese in Zukunft weiter an Stärke hinzugewinnen werden.

Mit der Auflösung der PKK werden auch andere Strukturen der Arbeit und Zusammenarbeit notwendig. Was soll sich in diesen Punkten ändern?

Zusammen mit dem KADEK haben sich in verschiedensten Bereichen organisatorische Zusammenhänge herausgebildet. Dieser Prozess dauert an. In allen Teilen Kurdistans und in den Ländern, welche dort die Hegemonie ausüben, wird der Aufbau von Parteien vorangetrieben, die sich an einem gleichberechtigten Zusammenleben aller Bevölkerungsteile orientieren. Dies wird jedoch nicht im Namen des KADEK geschehen, sondern von Organisationen, die mit dem Programm und Statut des KADEK übereinstimmen, und die Unterstützung von Organisationen, die schon existieren. Das heißt, dass nicht nur eine, sondern viele Organisationen unterstützt werden. Weiterhin werden im Bildungs-, Kultur- und Kunstbereich alle Organisationsformen unterstützt, die für eine Weiterentwicklung des Volkes vielversprechend sind. Dies umfasst auch den ökonomischen und sozialen Sektor. Wiederum wird der Frauen- und Jugendbewegung besondere Bedeutung beigemessen. Weiterhin soll die im Ausland lebende kurdische Bevölkerung im Rahmen der in den jeweiligen Staaten geltenden gesetzlichen Bestimmungen in demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Arbeit dieser Strukturen wird sich vorrangig an den kurdischen nationalen Interessen ausrichten. Auf dieser

Grundlage unterstützt der KADEK auch den Kurdischen Nationalkongress (KNK) in Europa. Auch ist die Unterstützung der dortigen kurdischen Arbeitervereine und demokratischen Institutionen vorgesehen. So sollen die nationalen und demokratischen Interessen der dort lebenden kurdischen Bevölkerung gewahrt werden. Aber auch Bündnisse und Kontakte mit den demokratischen Kräften innerhalb der dortigen Gesellschaften sind angestrebt. So gibt es schon seit längerem entsprechende diplomatische Aktivitäten.

Auch ein Beitritt der Kurden zur Europäischen Union ist denkbar bzw. es werden dahingehende Anstrengungen unternommen. Nach unserer Meinung muss die Europäische Union mehr als ein Staatenverbund werden. Es sollte darüber hinaus eine Einheit der Völker, eine Einheit der Gesellschaften angestrebt und entwickelt werden.

Sollte sich die EU in Richtung des Mittleren Osten erweitern und die Türkei tatsächlich aufnehmen, wäre es wichtig, dass auch die kurdische Gesellschaft ihren Platz in der Europäischen Union erhält, wenn auch nicht mit dem Status eines Staates. Es muss ein Modus entwickelt werden, der dies ermöglicht. Dies wird sowohl der demokratischen Entwicklung der Europäischen Union dienen, als auch für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage sorgen.

Es werden Organisationsformen entwickelt werden, welche die Interessen der kurdischen Gesellschaft verteidigen, diese organisiert und zu einem demokratischen Miteinander bewegt. Dies wird wiederum in den verschiedenen Teilen Kurdistans mit unterschiedlichen Zielen und Methoden geschehen. Auch in der türkischen,

arabischen und persischen Gesellschaft und in deren Staaten soll damit ein Prozess des demokratischen Wandels eingeleitet werden.

Der Kampf für die Verwirklichung eines demokratischen Zusammenlebens innerhalb der kurdischen Gesellschaft zielt gleichzeitig auch auf eine Demokratisierung der mit den Kurden zusammen lebenden Gesellschaften, bzw. deren Staaten ab. Auf der Grundlage einer demokratischen Lösung der Probleme mit den anderen Gesellschaften orientieren wir uns an der Entwicklung eines freien Zusammenlebens in Einheit. So werden sich bald im Rahmen des KADEK Organisationsformen entwickeln, die den oben genannten Anforderungen entsprechen. Wir werden alle dahin gehenden Initiativen von Parteien und Organisationen unterstützen. Wir werden die Initiativen ausnahmslos aller Organisationen unterstützen, die eine tatsächliche Demokratisierung anstreben.

Seitens der Europäer herrscht die Auffassung, über die Rechte der Kurden könne und müsse man zwar diskutieren; auch brauche es hier Veränderungen; eine Anerkennung als Volk widerspräche jedoch der gegenwärtigen Linie überall in Europa und würde aus der europäischen Sicht die Anerkennung eines ethnischen Konfliktes bedeuten anstelle individueller Menschenrechtsverletzungen. Dies wirkt sich unmittelbar auf mögliche Lösungen dieser Problematik aus.

Wenn die offizielle EU auch von der Türkei eine Änderung ihrer Kurdenpolitik verlangt, so scheint es doch offensichtlich, dass man hier die PKK von einem Lösungsprozess ausschließen will.

Wie beurteilen Sie die Chance, dass sich dies jetzt nach der Gründung des KADEK ändert?

Wir hätten uns gewünscht, dass Europa

den demokratischen Wandel in der kurdischen Nationalbewegung und die Gründung des KADEK zum Anlass genommen hätte, die eigene Haltung gegenüber der kurdischen Frage und die eigene Nahost-Politik zu überdenken. So diente die Reise unseres Vorsitzenden nach Rom und der Waffenstillstand vom 1. September 1998 allein dem Zweck, für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und der Probleme im Mittleren Osten zu werben. Durch die Verwicklung Europas in die Umstände der Entführung unseres Vorsitzenden wissen wir heute, dass dieses Ansinnen negativ beschieden wurde. Trotz dieses Vorfalls hielt die von der PKK angeführte kurdische Nationalbewegung an dem oben genannten Vorhaben fest. Sie änderte ihre Strategie und ihr Programm. Obwohl der Versuch unbeantwortet blieb, die kurdische Frage im internationalen Rahmen mit demokratischen Methoden zu lösen, schreckte die kurdische Nationalbewegung nicht davor zurück, einen demokratischen Lösungsprozess einzuleiten. Die Selbstauflösung der PKK und Gründung des KADEK waren die Folge. So hofften wir, dass diese Entwicklungen zu einer Änderung der Haltung der europäischen Staaten gegenüber der kurdischen Frage führt. Jedoch hat uns die Aufnahme der PKK in die europäische Liste von terroristischen Organisationen gezeigt, dass Europa nicht die Kraft zu einer solchen Veränderung aufzubringen vermag. Die Aufnahme der PKK in die genannte Liste bedeutet nichts anderes, als dass Europa seine bisherige Kurden- und Nah-Ostpolitik fortzuführen gedenkt.

Diese Haltung ist alles andere als lösungsorientiert. Die klassische Kurden- und Nahost-Politik Europas zeichnet sich durch eine Logik des "Teile und Herrsche" aus. Diese hatte stets zum Ziel, auf der Grundlage von künstlich geschaffenen Widersprüchen und daraus resultieren-

der Konfrontation, ein Abhängigkeitsverhältnis der betreffenden Länder zu schaffen, um so direkten Einfluss ausüben zu können. Seit Jahrhunderten wird diese Politik gegen die Kurden angewandt. Die europäische Politik will die kurdische Frage weder anerkennen noch lösen. Im Gegenteil: Erst sie ließ die kurdische Frage entstehen. Sie war die Grundlage für die Teilung Kurdistans. Durch die Verleugnung der kurdischen Gesellschaft wurde die politische Atmosphäre für ihre Vernichtung geschaffen. Deshalb ist hier eine Zäsur dringend geboten.

Augenblicklich schafft Europa mehr die Probleme, anstatt sie zu lösen. Der nationale demokratische Kampf des kurdischen Volkes und der anderen Völker des Mittleren Ostens drängt auf eine Lösung der dortigen Probleme. Dem hätte Europa durch eine Politik Rechnung tragen müssen, die mit demokratischen Methoden Lösungen sucht, gemäß dem Geist der Europäischen Union nach einem Ausgleich mit den Völkern des Mittleren Ostens strebt und dort die Schaffung eines demokratischen Systems vorsieht. Jedoch ist die EU noch weit entfernt davon.

So ist für Europa Demokratie und Einheit vorgesehen. Dies scheint für den Mittleren Osten nicht gewünscht zu sein. Nicht Demokratie, sondern Monarchie, Oligarchie und Theokratie werden unterstützt. Zu diesen Regimen werden von der EU gute Beziehungen unterhalten.

So beabsichtigt man die Oligarchie der Türkei in die EU aufzunehmen. Sämtliche europäische Staaten, insbesondere Deutschland, unterhalten exzellente Beziehungen zur iranischen Theokratie. Desweiteren werden fruchtbare Beziehungen zu Jordanien, Saudi Arabien, Ägypten, Syrien und Irak gepflegt.

Europa, das sich selbst als demokratisch bezeichnet, scheint der Demokratie im Mittleren Osten keinen besonderen Wert

beizumessen. Der eigentliche Beweggrund für die Aufnahme der PKK in die europäische Liste terroristischer Organisationen war ihr Streben, die kurdische Frage bzw. die Probleme im Mittleren Osten mit demokratischen Methoden lösen zu wollen. Für die Kurden bedeutet das die Fortführung einer Politik der Verleugnung und Vernichtung. Man darf nicht vergessen, die Verleugnung der Kurden hat ihre Grundlage in dem nach dem 1. Weltkrieg geschaffenen internationalen System. Der Kampf der europäischen Staaten um Kurdistan und der zwischen England und Türkei fand in Ankara am 5. Juni 1926 mit einem Abkommen sein Ende. Demnach sollte Kurdistan zwischen England und der Türkei aufgeteilt werden. Mossul und Kirkuk gingen an England.

Auf dieser Grundlage entwickelte die Türkei ihre Politik. Somit trägt die systematische Verleugnung des kurdischen Volkes europäische Züge. Dies setzt sich in der Weigerung Europas, die kollektiven Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen, fort. Die kurdische Frage auf individuelle Rechte beschränken zu wollen ist ein Ausdruck dieser Haltung.

Niemand hat das Recht, die auf mehrere Tausende von Jahren zurückgehende Geschichte des kurdischen Volkes für nichtig zu erklären. Eine solche Haltung ist nichts anderes als imperialistisch und impliziert eine große Selbstbezogenheit. Der erste und zweite Weltkrieg wurde auch um die Vorherrschaft im Mittleren Osten geführt. Schon damals wurde die Region ausgebeutet, vernichtet und ihre Geschichte verfälscht. Die Verleugnung der Existenz der Kurden als Volk geht darauf zurück. In dieser Hinsicht hat die Politik Europas sich nicht verändert. Europa strebt keine Lösung an - weder mit noch ohne die PKK, sondern es hält am derzeitigen politischen Schwebezustand fest. Solange dieser Zustand anhält, wird Europa Teil des Problems bleiben.

Der Rat der Europäischen Union hat die PKK vor wenigen Tagen auf seine Liste der Terrororganisationen gesetzt, nachdem er dies beim ersten Mal im Dezember 2001 nicht getan hatte.

Welche Gründe waren nach Ihrer Meinung dafür ausschlaggebend?

Welchen Preis hat die Türkei dafür bezahlt? Warum wurde der KADEK nicht auf die Liste gesetzt?

Richtiger wäre es, die Frage an jene zu richten, die die PKK in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen haben. Was hat sich denn in den letzten sechs Monaten verändert? Die Strategie der kurdischen demokratischen Nationalbewegung, ihr Programm und ihr organisatorischer Aufbau haben sich weiter konkretisiert. Der KADEK hat sich gegründet. Die Kurden sind entschlossener denn je, an ihrer Strategie einer demokratischen Lösung festzuhalten. Ein solcher Beschluss Europas, der nach all diesen Entwicklungen getroffen wird, ist der beste Beweis dafür, dass Demokratie und eine Lösung der kurdischen Frage nicht gewollt sind.

Hier kann nicht davon die Rede sein, die Türkei habe einen Preis gezahlt. Bei der Beschlussfassung spielte sie keine besondere Rolle. Auch wenn Amerika gewissen Druck ausgeübt hat, um die Türkei für ihre Interventionspolitik gegen den Irak zu gewinnen, ist dieser Beschluss in erster Linie der EU-Politik geschuldet. Europa muss seine Politik ändern, wenn es sich zu einer Kraft entwickeln will, die sich an der Konstituierung eines neuen Mittleren Ostens beteiligen und seine Demokratisierung vorantreiben will.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass das klassische "Teile und Herrsche" elementarer Bestandteil von Regierungspolitik ist. Jeder weiß, dass dies auch Bestandteil der vergangenen Konfrontation zwischen England und Frankreich einerseits

und Deutschland andererseits war, welche auch den Mittleren Osten formte. Auch wenn sich in Europa manches verändert hat, sind die Folgen der vergangenen Konfrontation zwischen England und Deutschland im Mittleren Osten immer noch zu spüren. Weiterhin ist die damalige Politik gültig. So lange sich das nicht ändert, werden die Kurden weiterhin verleugnet, die Lösung der kurdischen Frage abgelehnt und diejenigen, die sich für eine Lösung einsetzen, als terroristisch diffamiert werden.

Jedoch ist es leicht zu erkennen, was demokratisch und was terroristisch ist. Man muss fragen: Ist die Verleugnung der Existenz, der Sprache und Kultur eines 40 Millionen Volkes Terrorismus, oder aber der Wille, die Kultur und die Sprache eines Volkes weiterzuentwickeln?

Europa versucht von der eigenen Schuld abzulenken. Mit der Aufnahme der PKK in die Liste terroristischer Organisationen soll der kurdische nationale und demokratische Kampf verurteilt, seine Existenz zunichte gemacht und die Verleugnungspolitik für rechtens erklärt werden. Es ist unwichtig, dass der KADEK nicht mit aufgenommen wurde. Die PKK symbolisiert die kurdische Wiedergeburt und ihren nationalen Geist. Sie ist ein Teil der kurdischen Geschichte. Nachdem diese für nichtig erklärt wurde, ist demnach für sie keine Zukunft vorgesehen.

Der Beschluss der EU ist sehr gefährlich. Er hat die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen die Kurden abgesegnet und ermutigt so zu deren Fortsetzung. Also ist er als ein gegen das kurdische Volk und seine nationale Existenz gerichteter Angriff mit Vernichtungsscharakter zu verstehen.

Diese Botschaft ist bei den Kurden auch angekommen. Dies resultiert aus ihrem Gefühl für ihre Geschichte. Deshalb lehnen sie den Beschluss mit aller Entschiedenheit ab und kämpfen auf vielfältige Weise für seine Aufhebung. Gleichzeitig

werden in diesem Kampf die Forderungen nach wirklicher Demokratie und Freiheit laut. Die gegen diese Forderungen gerichtete Politik hingegen beinhaltet Gewalt, Terror und Massaker. Sie kommt einem Genozid gleich. Diese Politik zu verändern wäre demokratischem Verständnis geschuldet. Der bisher geführte Kampf hat für eine wirkliche Änderung nicht ausgereicht. Deshalb müssen das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte Europas ihre Bemühungen verstärken, gemeinsam eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Dies würde nicht nur im Interesse des kurdischen Volkes, sondern auch in dem der europäischen Völker sein. Dies wäre der europäischen Demokratie zuträglich. Eine solche Politik würde die EU befähigen, sich zu einer Kraft zu entwickeln, die auch im globalen Maßstab Lösungen anbieten kann.

Deshalb sind es nicht nur die Kurden, die sich gegen eine solche Politik wenden. Auch die Werktätigen und andere demokratischen Kräfte in Europa führen dagegen einen vielseitigen Kampf. Ein Bündnis dieser Kräfte kann erreichen, dass auch in Europa eine wirkliche Demokratie geschaffen würde.

Unterzeichnen Sie den Appell online

www.veto-liste.org

email: info@veto-liste.org

VETO !

APPELL AN DIE POLITISCHE VERNUNFT

Am 3. Mai 2002 wurde der Name "PKK" von der Europäischen Union in die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen.

Einen politisch oder juristisch vernünftigen Grund dafür gibt es nicht. Bereits 1993 bekundete die Führung der kurdischen Arbeiterpartei, die Lösung des Konflikts mit der Türkei sei durch "Gewalt" nicht zu erreichen. Die Forderung nach einem eigenen Kurdenstaat wurde aufgegeben und ersetzt durch die Erwartung, die eigene "kulturelle Identität" der Kurden in der Türkei "frei ausdrücken zu können". 1998 verließ Abdullah Öcalan den Mittleren Osten, um in Europa Verständnis für sein Friedensprojekt zu gewinnen. Das Projekt des befreiungsnationalistischen Guerillakampfes wurde für historisch überholt erklärt und durch ein Konzept der zivilen Aktion und des friedlichen Dialogs ausgetauscht. Seit nunmehr drei Jahren sind alle bewaffneten kurdischen Einheiten aus der Türkei zurückgezogen. Am 10. April 2002 fand dieser Prozeß der Transformationen der kurdischen Bewegung seinen ausdrücklichen Abschluß: die 8. Parteikonferenz beschloß die vollständige Auflösung der PKK und die entschiedene Neugestaltung ihrer ausschließlich auf Frieden und Demokratie gerichteten Arbeit unter dem Namen "Kurdischer Kongreß für Freiheit und Demokratie" (KADEK).

Das Zeichen strategische Wandels, nachhaltig, glaubwürdig und beweiskräftig vollzogen, war ein Veto gegen den Krieg, alle Gewalt und jeglichen Terror. Es erklärte sich in der Hoffnung auf die

Möglichkeiten der gegenseitigen Verständigung, des Respekts und des Aufbaus ziviler Gesellschaften durch Verhandlungen und die dialogischen Chancen der Überwindung der Demokratie-defizite der Türkei im Zuge der Anbindungsprozeduren an die Europäische Union.

Von kurdischer Seite aus droht keine Gefahr. Keine Bombe, keinerlei Gewalt. Jegliche Terrortat durch Kurdinnen & Kurden in Deutschland, der Türkei und ganz Europa ist nirgends in Sicht. Dafür aber sollen nun die auf die "Europäische Terrorliste" verbannten Kurden paradoxerweise bestraft werden. In krass vernunftwidrigem Gegensatz zum vorgeblichen Ziel, Terror zu bekämpfen, wird den Kurden noch das Selbstbestimmungsrecht über die Wahl des eigenen politischen Namens entzogen, durch europäische Abmachungen, die an der historisch obsoleten Begrifflichkeit PKK auch dann noch festhalten, wenn die Kurden die Mission der PKK für vollendet erklären.

Der beklagenswerte Grund für diese abseitige Logik dürfte daraus resultieren, daß die offizielle Türkei durch die demokratische und friedliche Politik der Kurdinnen & Kurden mehr als durch allen bisherigen bewaffneten Kampf unter Druck gerät. Der bedeutsame Wandel der neuen kurdischen Initiativen droht aus der Sicht Ankaras nicht nur breite Zustimmung und folglich Anerkennung in der Welt zu finden, er kontrastiert auch erkennbar die Tatsache, daß die Türkei nach wie vor allen Forderungen aus der Gesellschaft nach Demokratisierung und

Respektierung von Minderheitenrechten eine Absage erteilt. Die demokratisch delegitimierte offizielle Türkei will sich nun mit Hilfe Europas wieder legitimieren, indem die kurdische politische Bewegung als PKK oder (wie neuerdings gefordert) auch als KADEK an den Terrorismus-Status gefesselt wird.

In der Tat: 4500 zerstörte kurdische Orte. Die Vertreibung von beinahe drei Millionen Menschen. Der Einsatz europäischer Waffen gegen die Kurdinnen & Kurden. Folter und staatlich gedeckte Morde drohen durch die Setzung auf die EU-Terrorliste nachträglich legitimiert zu werden.

FOLGEN UND KONSEQUENZEN

Europäischer Gerichtshof: Die alten und bevorstehenden Menschenrechts-Urteile des Straßburger Gerichts gegen die Türkei werden moralisch-politisch aufgehoben oder verhindert, weil nachträglich wie zukünftig jedes Menschenrechts-Verbrechen zum legitimen Kampf gegen den "Terror" stilisiert werden kann.

Asylrechtspraxis: Unter Hinweis die Anwendungsbestimmungen der EU Liste und deren konservierten PKK-Begriff kann und wird die Türkei Namens-Listen der von ihr willkürlich identifizierten Personen in Europa einreichen, und deren Auslieferung verlangen. Die Justiz und die Innenministerien Europas werden dadurch zu bloßen Vollzugsorganen Ankaras.

NGO's: Die Liste der EU-Terrororganisationen gilt als verbindliche Befolgsrichtlinie auch für NGO's, für Menschen-

Erstunterzeichner des Appells

Uri Avnery (ehm. Abgeordneter der Knesseth, Träger des alternativen Friedensnobelpreises 2001, Israel), Norman Paech (Völkerrechtler, HWP Hamburg, Deutschland), Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt & Publizist, Deutschland), Thomas Gebauer (Geschäftsführer medico international), Professor Joachim Hirsch (Universität Frankfurt), Albrecht Kieser (Rheinisches Journalistenbüro, Köln), Marianne Roth (Internationale Arbeiterinnenhilfe, Schweiz), Robert Krieg, Monika Nolte (WORLD TV, Deutschland), Prof. Raimund Rütten (Universität Frankfurt), Prof. Andreas Buro (Dialogkreis "Krieg in der Türkei - Die Zeit ist reif für eine politische Lösung", Deutschland), Pater Wolfgang Jungheim (Kommission "Asyl/Flüchtlinge", Pax Christi Deutschland), Heidi Lankisch (mfm - medienagentur für menschenrechte, Regionalbüro Hessen/Rheinland-Pfalz), Rainer B. Ahues (Rechtsanwalt, Hannover), Eva Bulling-Schröter (MdB/PDS), Chris Den Hond (Journalist, Belgien), Lord Rea, Cynog Dafis (Mitglieder der Nationalversammlung von Wales), Prof. Ken Coates (Bernard Russell Peace Foundation, England), Bruce Kent (President des Internationalen Friedensbüros und Kampagne für nukleare Abrüstung, England), Stephanie Harrison (Anwalt und Vorsitzender der Campaign Against Criminalising Communities, England), Gareth Peirce (Menschenrechtsanwalt, England), Christine Blower (Ex-Präsidentin der Nationalen Lehrgewerkschaft, England), Maggie Ronayne (Dozentin, National-Universität von Irland, Galway), Joël Dutto (Vizepräsident des Magistrats von Rhône, Frankreich), Giuliano Pisapia (Abgeordneter, Italien), Luisa Morgantini (Europaabgeordnete, Italien), Fausto Bertinotti, (Europaabgeordneter, Italien), Giuseppe Di Lello (Europaabgeordneter, Italien), Luigi Vinci (Europaabgeordneter, Italien), ATTAC (Sektion Catania, Italien)

Prof. Wolf-Dieter Narr (Deutschland), Klaus Becher (Attac, Deutschland), Dr. Bernard Granjon (Präsident Weltärztebund, Frankreich), Julie Christie (Schauspielerin), Baroness Sarah Ludford (Europaabgeordnete), MEP, Lord Dholakia (Vorsitzender Liberaldemokratische Partei, Britannien), Inge von Alvensleben (Ärztin, Deutschland), Ernst-Ludwig Iskenius (Arzt, Deutschland), George Evgeniou (Theatro Technis), Andreas Gavrilidis (Griechisch-Kurdische Solidarität), Prof. Sandro Mezzadra (Universität Bologna, Italien), Les Levidow, Anne Gray, Andrew Kendle (Index on Censorship, Britannien), Tony Benn, Jeremy Corbyn (Abgeordnete, Britannien), u.v.a.

(Sie finden sämtliche Unterstützer unter www.veto-liste.org. Dort können Sie den Appell auch unterzeichnen)

rechts- und Entwicklungsorganisationen, denen sie förmlich zugestellt wird. Das Gleiche gilt für Banken, Stiftungen, Universitäten, Volkshochschulen, Schulen. Lehrer und Lehrerinnen müssen mit Sanktionen rechnen, die im Unterricht kurdische Materialien benutzen oder kurdische Schüler zu Worte kommen lassen, die sich dazu bekennen.

Kurdische kulturelle Vereinigungen: Fallen sämtlich unter das Terrorismus-Prädikat, wenn sie dem KADEK angeblich oder tatsächlich nahestehen - und müssen mit Schließung und Beschlagnahme des Vereinsvermögens rechnen.

Freie Meinungsäußerung: Alle Bürgerin-

nen & Bürger Europas verstoßen gegen die impliziten Anwendungsbestimmungen der Liste, sollten sie die auf Demokratie und Gewaltverzicht gegründete Arbeit der Kurden gutheißen. Sie unterstützen dann den "Terror". Kurdische Presse und kurdisches Fernsehen wären als Stimmen des "Terrors" jederzeit umstandslos von Schließung betroffen.

Kurdische Sprache: Indem kurdische Studenten, Lehrer und Eltern in öffentlichen Kampagnen für die Anerkennung ihrer eigenen Sprache in allen gesellschaftlichen Sphären der Türkei votieren, wäre auch dies - nicht mehr nur im Namen der Türkei, sondern jetzt auch der EU: "Terro-

rismus". Nahost-Frieden: Unter Berufung auf die EU-Terrordefinition wird die Türkei schließlich ihre permanenten völkerrechtswidrigen Militär-Invasionen in den Nord Irak für legal wie legitim erklären. Die fortdauernde schwerwiegende Störung des Friedens in der Region erführe durch europäische Billigung eine gefährliche Art von Förderung.

Das große antinationalistische, auf Frieden und demokratische Föderationen für die Vielvölkerstaaten des Nahen Ostens bezogene beispielhaft emanzipatorische Projekt der Kurdinnen & Kurden wäre vollends zum Verstummen gebracht.

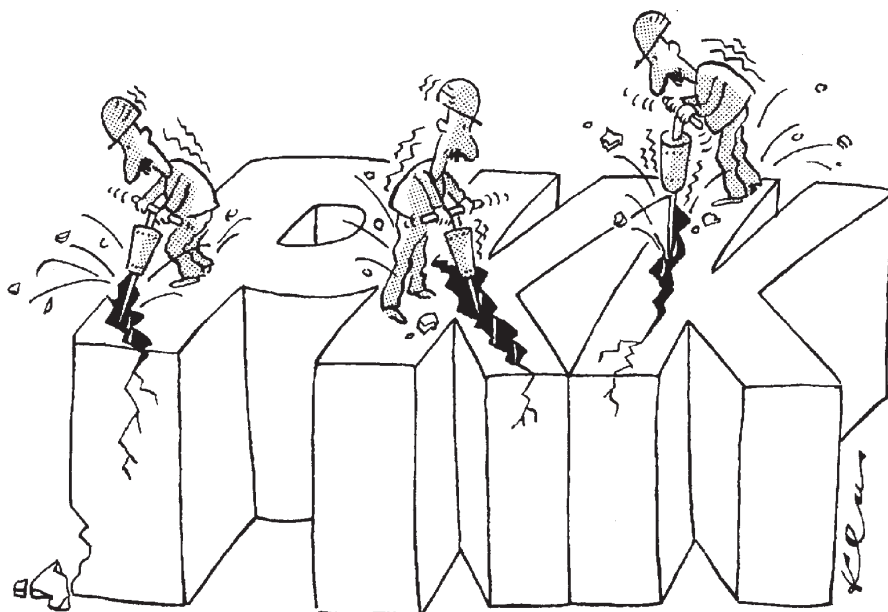
VETO!

Wir erklären unser Veto. Wir erklären unseren festen Willen, unverrückbar den Weg der Verständigung und der Konfliktlösung jenseits aller Gewalt gehen zu wollen. Wir sind nicht "Terroristen", sondern Bürgerinnen & Bürger dieser Welt, mit gleichen Rechten und dem Recht auf Anerkennung unserer Existenz. Deshalb fordern wir die sofortige Überprüfung der EU Liste, auf die wir nicht gehören. Niemand kann uns unsere Freiheit nehmen, keiner wird uns vom friedlichen Ziel einer demokratischen Wirklichkeit entfernen.

DIE KURDINEN & KURDEN IN DEUTSCHLAND, EUROPA UND DER WELT

Unsere Sache empfehlen wir Ihrer Unterstützung. Der Zustimmung und Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit, den Medien, den Parteien, den Organisationen und Verbänden - und allen freien Menschen.

Bitte zögern Sie nicht! Geben Sie uns Ihre namentliche Zustimmung und fordern Sie mit uns, die wir mit Ihnen freundschaftlich in Frieden leben wollen, die sofortige Überprüfung der unsäglichen Liste.



Geschichte wird gemacht: die PKK im Wandel

(Zeichnung: Klaus Becher)

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kitzner** (Sатиrker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Eimar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)